

»Tragischer Tag für die Demokratie«

Reaktionen auf das gescheiterte NPD-Verbot

Berlin. Die Karlsruher Verfassungsrichter setzten einen Schlusspunkt unter das zweite NPD-Verbotsverfahren. Die Partei bleibt erlaubt. Politiker und Verbände reagierten frustriert.

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Eva Högl nannte den Richterspruch »sehr enttäuschend«. »Eine positive Entscheidung wäre für unser Engagement gegen Rechts hilfreich gewesen, denn sie hätte die Partei als Organisation getroffen und auch die Finanzierung aus Steuergeldern beendet«, sagte sie.

Der Kandidat der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten, Christoph Butterwegge, befürchtet nach dem gescheiterten Verbotsverfahren eine Radikalisierung der NPD. »Ein Verbot wäre auch ein gutes Signal an die AfD gewesen, von rassistischer Hetze abzusehen.«

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) nahm das Urteil des Bundesverfassungsgerichts »mit größtem Respekt zur Kenntnis«. Das Gericht habe die Grenzen für ein Parteiverbot klar gezogen.

Nach Ansicht der Grünen im Bundestag hat die NPD wegen des Verbotsverfahrens zu viel Aufmerksamkeit erfahren. »Es ist eine Schrumpfpartei aus alten Nazis und Hatern«, unterstrich Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt den zunehmenden Bedeutungsverlust der Partei.

Das Internationale Auschwitz Komitee kritisierte das Urteil mit scharfen Worten. Vizepräsident Christoph Heubner sprach von einem »tragischen Tag für die wehrhafte Demokratie«. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sei für die Überlebenden des Holocaust »empörend und erschreckend realitätsfern«. *Agenturen/nd*